

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

Berlin, 8. Febr. Die ultramontanen Zeitungen sangen an, die früheren Meldungen über den angeblich schlechten Eindruck, den die geplanten preußischen Kirchenpolitischen Vorlagen im Vatican gemacht haben, zurückzunehmen. Man wird annehmen dürfen, daß im Vatican eine richtiger Erkenntnis berichtet als in den ultramontanen Kreisen in Preußen und daß man die jetzige außerordentlich große Neigung des Reichskanzlers, zum Ende des Cultursamtes zu gelangen, nicht unbemüht vorübergehen lassen will. Wer weiß auch, ob sie jemals wiederkehren würde, wenn man sie durch Aufstellung unerfüllbarer Forderungen zerstört? Und so ist es denn mehr als wahrscheinlich, daß diesmal kirchenpolitische Vorlagen an den preußischen Landtag kommen, die von der Centrumspartei nicht bekämpft werden. Aus dem Vorwurf, daß er seine Gesetzentwürfe vor der Einbringung nicht nur vom Könige, sondern auch vom Papste genehmigen lasse, wird sich Fürst Bismarck schwerlich viel Sorge machen; erreicht er dadurch doch, daß er das Centrum zum Schweigen bringt, das diesmal nicht päpstlicher als der Papst sein darf. Im übrigen wird man über die Vorlagen erst urtheilen können, wenn sie im genauen Wortlaut vorliegen.

Wie in Centrumskreisen verlautet, hatte man sich daselbst zuversichtlich der Hoffnung hingegessen, der Papst werde die Gelegenheit der mit so großem Pomp in Scene gesetzten Geburtstagsfeier für Herrn Windhorst nicht vorübergehen lassen, ohne denselben durch eine Ordensauszeichnung zu ehren. Es ist sogar, wie ich aus sicherer Quelle erfahre, mehrfach versucht worden, vor hier aus sowohl wie in Rom Leo XIII. zu bestimmen, daß er Herrn Windhorst wenigstens ein Glückwunsckeogramm schicken möge. Dass der Papst sich diese Einflüsterungen gänzlich unzugänglich gezeigt hat, erregt bei der Gesellschaft und den Gläubern des Herrn Windhorst nicht geringes Unbehagen, und dieses Unbehagen ist um so größer, als man außerhalb dieser Kreise aus der Haltung des Papstes mit Genugtuung folgert, Leo XIII. halte enttäuschten fest an seinem Programm, wahrhaft ein Mann des Friedens zu sein.

Dem Vernehmen nach wird die Brannweinmonopolvorlage dem Reichstage Bayerns, Badens und Württembergs zugehen, da diese Staaten die Zustimmung des Gesetzes auf ihre Gebiete von der Zustimmung ihrer Landtage abhängig machen.

Greiz, 8. Februar. In einer hiesigen mechanischen Weberei wurden heute Vormittag 40 Arbeiter entlassen, da dieselben gedroht hatten, die Arbeit niedergelegen zu wollen, falls nicht bis Mittag der neuangestellte Waarenhauer, welcher es bei Durchsicht der fertigen Stücke etwas genauer genommen hatte, wie sein Vorgänger, entlassen würde.

### Frankreich.

Paris, 9. Februar. Im heutigen Ministerrat im Elysée bemerkte Freycinet, die Lage im Osten sei noch immer unklar; der Augenblick zwischen der Porte und Bulgarien stöze noch auf Einwendungen Russlands und Griechenlands, deren Haltung gegen die Porte sich noch keineswegs geändert habe. Der Minister des Innern meldete in betreff der Lage in Saint Quentin, die Arbeiter hätten teilweise die Arbeit wieder aufgenommen und morgen werde wahrscheinlich die Arbeitsaufstellung vollständig beendet sein.

### England.

London, 9. Febr. Die gefährlichen Ausschreitungen des Pöbels wären in keinem andern Lande der Welt möglich gewesen, wenn nicht die Polizei mit dem Pöbel eine Verabredung getroffen hätte; denn die Polizei glänzte durch vollständige Abwesenheit, sodass das Werkzeug Stundenlang in der Gewalt des Pöbels blieb. Wenn die Polizei ihre Pflicht tut, wären solche Ausschreitungen kaum möglich. Die gefährliche Kulturbewegung der Stellenlosen verlief ordentlich; dagegen lagerten gegenüber vor der Nationalgalerie Hunderte von Sozialdemokraten unter Aufsicht von Hyndman und Burns Hyndman ist das Haupt des Socialistenbundes, ein Wanderprediger und Verfasser sozialistischer Schriften. Im vorigen Jahre wurde er, nachdem er am Champs-Elysées zum Kampf um Leben gegen Leben aufgestellt, aus dem University Club ausgeschlossen; daher seine gefährliche Privatkarriere. Zur Aufreitung des Pöbels sagte er: Weshalb sollen wir gemäßigt sein, wenn wir verhungern? Wenn von Tausenden hier nur wenige den Mut besäßen, wäre die bestehende Ordnung unmöglich. Ich und meine Freunde werden euch führen, wenn ihr folgt; denn 500 entschlossene Männer können einen Umschwung bewirken und die Bourgeoisie in die Enge treiben. Burns, ein bei den letzten Wahlen in Nottingham unterlegener Kandidat, sprach ähnlich: Wenn wir ein Zeichen der Schilderhebung geben, wollt ihr folgen? Voran die Menge die Taschen füllen und nach der Pall Mall zu. Hyndman bleibt moralisch für die gestrigen Greuel verantwortlich, sodass die Times heute auf sofortige Verhaftung des Mannes drängt. Die Stellenlosen sind unschuldig. Es wurden hauptsächlich Clubs, Gasthäuser, Goldschmiedeläden, herrschaftliche Häuser, nur wenige Bäder- und Geselligkeitsläden geplündert. Der Hauptittel trifft die Polizei und den neuen Minister des Innern, Chidlers, dem die Polizei untersteht. Heute ist überall dunkler Nebel.

London, 9. Febr. Aus zuverlässigster Quelle wird verbürgt, daß das neue englische Cabinet sich davon überzeugt hat, daß die Haltung des Salisburyschen Ministeriums in der griechischen Frage die einzige mögliche war, um den europäischen Frieden vor Erstürmungen zu bewahren. Demgemäß hat sich jetzt das englische Cabinet endgültig entschlossen, das Salisburysche Programm zur unabdingten Fernhaltung eines Seekrieges zwischen Griechenland und der Pforte vollauf durchzuführen.

London, 10. Februar. Heute Nachmittag haben sich von Greenwich und Deptford starke Volksmassen auf London zu in Bewegung gesetzt, dieselben richteten auf ihrem Wege vielfache Beschädigungen von Eigentum an; in den südlichen Vorstädten herrscht eine starke Erregung.

London, 10. Februar. Um 5 Uhr Abends schlossen heute die Juweliere und Goldschmiede ihre Läden, da ein Eindringen von Volksmassen aus den südlichen Vorstädten, sowie aus dem Stadtteil Southwark in die City befürchtet wird.

London, im Febr. Während abroad, in Paris, Louise Michel ihre Brandreden heftiger denn je wieder aufgenommen hat, haben auch wir hier in den letzten Tagen von unseren „Unemployed“, unseren „unbeschäftigte“ und zum Theil stark sozialdemokratisch angehauchten Arbeitern Dinge hören müssen, deren sich englische Ohren schon so manche Zeit ganz entwöhnt hatten. Die Lage ist allerdings eine sehr ernste. Das unerhörte Darunterliegen fast sämtlicher Gewerbe hat besonders unter den Arbeitern im Osten Londons eine entsetzliche Not herbeigeführt. Der jetzt veröffentlichte Bericht des im vorigen März zur Feststellung der Ursachen dieser Katastrophe niedergelegten Mansion-House-Komitee läßt über die wirkliche Existenz und Größe dieses Niedels auch nicht den geringsten Zweifel austreten, obwohl dasselbe nicht so gut wie beispielweise 1879 aufgetreten ist. Die Deputation, welche vor einigen Tagen den Lord-Mayor um Abhilfe der herrschenden Not in Wege mildthätiger Sammlungen zu bitten kam, lieferte in ihrer Zusammensetzung gleich einen beredten Beweis für die Verbreitung des Niedels. Nicht nur befanden sich in ihr Vertreter aller möglichen Gewerbe- und Lazeareiter, sondern auch die Seeleute, Dok- und Werftarbeiter und die Budenleute waren darin vertreten. Dabei steht es um diese Angelegenheit in den Provinzen beinahe noch schlechter wie hier in London. Die Baumwollspinnereien und Webereien in Lancashire, die Eisenindustrie in Staffordshire und Worcestershire und in anderen Eisenstrichen, die Kohlenbergwerke in Durham und Wales, das Schiffbauergewerbe an der Clyde, Tyne und Thame, die Flachs- und Jutespinnereien in Dundee, sowie Handel und Schiffahrt in den großen Häfen — Alles liegt darnieder. Überall nur hört man klagen, überall werden die Löhne reduziert, die Arbeit verkürzt, und Tausende von Arbeitern lungern auf den Straßen umher, indem sie vergeblich nach Arbeit suchen. Erfahrene Leute hier zu Lands meinen, das Elend wäre in England nie so groß gewesen, wie jetzt. Ein Theil der „Unemployed“ erweist sich ja auch in dieser schweren Prüfung als verständige Leute, die ihr Schicksal mit Geduld und Entschluss, den allgemeinen Verhältnissen Rechnung tragend, in Erwartung besserer Konjunkturen hinnehmen. Andere aber, und namentlich die zahlreichen Mitglieder der „Social Democratic Federation“, die neulich in Holborns Town Hall tagten, ließen sich in immer gestrigerer Enttäuschung vernehmen. Sie wollten Arbeit, so hiess es, aber kein Mitleid! Die Londoner Mitglieder des Parlamentsburgern mit Abschluss der irischen Reform keine parlamentarischen Arbeiten geleisten lassen, bevor nicht die Behörden für Arbeit und Arbeitswohnungen gesorgt hätten. Die jetzige Gesellschaftsorganisation thiele das Volk in Arbeitgeber und Arbeitnehmer, in Arme und Reiche. Wenn man auf ihre, der Verkammerten Klagen nicht höre, würde es Sturm geben. Ohne Revolution hätten sie überhaupt nichts zu hoffen. Es sei besser, schnell zu sterben, als langsam im Elend umzukommen. Über acht Stunden dürfe die Arbeit nicht ausgedehnt werden. — Lauten Hochrufen wurden dann verschiedene Resolutionen in solchen Stimmen einstimmig angenommen. Daraus kann man nun wohl einen Schluss ziehen, welches Dinge man noch gewaltig sein darf, obwohl es, wie schon oben angekündigt wurde, in anderen Meetings der Unemployed Gott sei Dank nicht an ersten Missbilligungen solches Verhaltens mangelte. Kaum minder interessant als die Beobachtung dieser Vorgänge bleiben indeß auch die Resultate der Untersuchungen jenes Mansion-House-Komitees und die verschiedenartigen Vorschläge zur Abhilfe der herrschenden Elendestände. Als Ursachen des über Englands und speziell über Londons Arbeiter bereitgebrochenen Unheils führt nun zunächst dieser Komiteebericht Folgendes auf: Mangel, Unregelmäßigkeit der Beschäftigung und niedrige Löhne; Abnahme oder Veränderung gewisser Handelsbetriebe; keinen Unterstüzt machendes Mitleid; hoher Zinsfuß; wachsende Einwanderung in London und unwirtschaftlicher Charakter des Volks. Gegen letzteres: frühe und unklinge Heirathen, Trunk und sonstige Extravaganz — meint „Globe“ läßt sich gesetzlich nichts machen. Die mühten ihre Konsequenzen selbst über. Anders sei es mit unüberlegtem Mitleid. Besonders erwähnenswert erscheint auch wohl das, was Lord Salisbury der ihm um Rat ersuchenden Deputation antwortete. Armentage und Hilfsfonds, meinte die Deputation, können die Not nicht beseitigen. Die fiscalische Bevorzugung der Fremden auf englischen Märkten, feindselige Tarife und fremde Staaten-Ausfuhrprämien schädigten die britischen Märkte und Arbeiter am meisten. Das Parlament müsse produktive öffentliche Arbeiten unternehmen. Betreffs der fremden Ausfuhrprämien stimmte nun Lord Salisbury der Deputation zu, meinte aber, es sei Sache der Wähler, die Regierung in die Sache zu setzen, auf fremde Gouvernements zur Verstärkung auch der englischen Handelsinteressen wirken zu können. Die Beanspruchung wütenden Landes schien ihm kein erfolgreiches Mittel zur Besserung der Zustände. Die Lordmayors-Sammlungen wären nur futilative. Auch Auswanderung könne nützlich wirken; besonders aber Erleichterung der Kapitalbeschaffung, um privatliche Arbeitsunternehmen zu unterstützen. In diesem Sinne habe er beispielweise auch die Regents Canal and Railway Bill Northfleet und Docks Bill lebhaft befürwortet. „Globe“ verlangt indes zu diesem Zweck einen systematischen Plan, wünscht den Abschub der Überbevölkerung, aber mit Vorsicht und Überlegung, damit nicht die geschicktesten Hände mit fortgehen. Kolonien und Mutterland mühten sich dabei die Hand reichen. Die „Times“ sagt: es bleibe noch abzuwarten, ob Subskriptionen, Kundgebungen und nebelhafte Resolutionen, wie die in der Holborn-Stadttheile angenommenen, mehr Gutes stiften würden, als Selbstvertrauen, Mäßigkeit und Selbstgenügsamkeit. Alle besonnenen Blätter aber mahnen zugleich, mit ihnen die „Unemployed“, die Sympathieen, welche man ihnen jetzt entgegenträgt, nicht durch unklinge Überfürsorgungen zu verschärfen!

### Verteilte Angelegenheiten.

Böhmen. Wie alljährlich, so feierte auch in diesem Jahre der hiesige Militärverein am vergangenen Sonntag sein Stiftungsfest. Nachdem Nachmittags die Vereinsfahne

aus dem Hause des Vorsitzers abgeholt worden war, bewegte sich der Zug mit klingendem Spiel nach der Wohnung des Herrn Bürgermeisters Dr. v. Woydt, wo die Ruh ein Ständchen intonirt und sich von hier aus in das geschmückte Vereinslokal begab, wo selbst ein ganz vorzügliches Concert, abwechselnd mit Gesangsstücken und Bläservorführungen ausgeführt wurde. An der Feier nahmen die außerordentlichen Ehrenmitglieder des Vereins: Herr Landwehrbezirkskommandeur Oberstleutnant Brachmann aus Schneberg in Begleitung des Adjutanten Herrn v. Schorff, Herr Bürgermeister Dr. v. Woydt, Herr Stadtrath Stögel und Herr Stadtrath Martin, ferner Herr Dr. med. Breitharth teil. Nach herzlicher Begrüßung brachte der Vereinsvorsitzender den ersten Toast auf den hohen Protector der Militärveterane und geliebten Landesvater, Se. Majestät den König Albert, aus. Hieran reichte sich der Toast war den Herren Ehrenmitgliedern und Ehrenräten, welche das Fest mit ihrer Gegenwart und trefflichen Ansprachen verherrlichten, gewidmet. Nachdem die in allen Theilen ge langene Feier mit einem Toast auf das segnende Wirken unseres verehrten Herrn Bürgermeisters Dr. v. Woydt als Stadtoberhaupt einen würdigen Abschluß gefunden, folgte ein Ballvergnügen, welches die alten und jungen Kameraden noch lange in der heitersten Stimmung zusammenhielt.

Görlitz. In der am 23. v. Mts. unter dem Vorsitz des Herrn Amtshauptmanns v. Boeck hier abgehaltenen Sitzung des Bezirksausschusses, an welcher von dessen Mitgliedern die Herren Rechtsanwalt Stadtrath Körner von hier, Deconomierath Kraft Wiesenburg, Rittergutsbesitzer Ebert aus Leubnitz, Bürgermeister Dr. Grundig aus Grimmaischau, Fabrikant Ulrich aus Werda, Dr. med. Leupoldt aus Planitz und Amtslandschöpfe Thümmel aus Helmendorf, hierzuläufig als Referenten die Herren Bezirksschulrat Dr. Ayrer und Referendar Koch Theil nahmen, wurden die Beschlüsse der Gemeinden Schiedel und Nebra, Abweichung von der Bestimmung über die amtliche Verschuldigung allgemeiner Anordnungen der Verwaltungsbehörden betreffend, sowie die beantragte Änderung des Anlagenregulativs für Langenbach genehmigt, die Haushaltspläne für die Bezirksschule und die Bezirkssanstalt zu Wiesenburg auf das Jahr 1886 der Bezirksversammlung zur Genehmigung empfohlen, pp. Bugler in Willau und Fleißig in Pöhlitz Dispensation von Bestimmungen des Disziplinationsgesetzes ertheilt, ein gleichfalls darauf gerichtetes Gesuch pp. Sacherts in Pöhlitz jedoch abgewiesen, dem Waldarbeiter Kehler in Waldmannsruhe die erbetene Erlaubnis zum Bier- und Brannweinhandel ertheilt, auf das Gesuch pp. Fischer in Beutha um Erlaubnis zum Bier- und Brannweinhandel, sowie zum Krippensehen und das Gesuch pp. Weimlers in Fraureuth um Genehmigung zum Gasthofsbetrieb in Beutha jedoch in Mangel örtlichen Bedürfnisses abhängige Einschränkung gefasst. — Schließlich wurde noch von einer die Unterstützung der Volksbibliotheken betreffenden Verordnung Kenntnis genommen.

### Vom Landtage.

Dresden, 9. Februar. Die Zweite Kammer beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung, welcher Staatsminister Dr. v. Gerber mit mehreren Regierungscommissaren beiwohnte, mit dem Bericht über die Verwaltung und Vermehrung der Königl. Sammlungen für Kunst und Wissenschaft in den Jahren 1882 und 1883, zu welchen die Reschenschaftsdeputation (Raf. Gr. Zahl) der Kammer vorstieg, sich durch diesen Bericht für bestreikt zu erklären. Die Kammer erklärte sich durch den Bericht einstimmig für bestreikt.

Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete eine Beschwerde des Realgymnasiallehrers Bettler in Chemnitz über den Stadtrath zu Chemnitz wegen des ihm versagten Eintritts in das Stadtvorordneten-Collegium dasselbe, wozu Namens der Beschwerde- und Petitionsdeputation Abg. Breitfeld beantragte, dieselbe auf sich beruhen zu lassen. Zur Sache teilte Referent mit, daß der Stadtrath zu Chemnitz dem Beschwerdeführer die erbetene Erlaubnis verweigert habe, weil derselbe Lehrer an einer städtischen Schule sei und aus der Stellung als Stadtvorordneter Collisionen verhindern könnten. Nachdem das Cultusministerium den Recurs des Beschwerdeführers verworfen habe, beantragte die Deputation ebenfalls Juristische Beurteilung der Beschwerde, weil es nicht zur Kompetenz des Landtages gehöre, Entscheidungen der Regierung in dieser Beziehung zu corrigieren.

An dieses Referat knüpfte sich eine längere Discussion, indem von Seiten des Abg. Kirbach der vom Stadtrath zu Chemnitz geltend gemachte Grund nicht für sichhaltig befunden wurde, weswegen er beantragte, die Beschwerde der Staatsregierung zur Verstärkung zu überweisen. Ihm schlossen sich die Abg. Bebel, Stolle und v. Boller an.

Staatsminister Dr. v. Gerber erklärte jedoch, daß der vom Rekretten mitgetheilte Grund nicht der einzige sei, sondern der Stadtrath zu Chemnitz als weiteren Grund den angegeben habe, daß Bettler die Aufsicht über das gesammte städtische Turnwesen führe und in dieser Eigenschaft fortwährend Gutachten an den Stadtrath zu richten und Anträge zu stellen habe und daß zu befürchten sei, es werde derselbe Anträge, die auf dem geschäftlichen Wege auf Schwierigkeiten gestoßen seien, im Stadtvorordneten-Collegium zur Geltung zu bringen suchen, wodurch Collisionen der bedenklichsten Art entstehen könnten. Das Ministerium habe auch entschieden, daß es zwar nach dem Wortlaut des § 47 Absatz 2 der revidirten Städteordnung zu weit gehen würde, wenn man jedes städtische Schulamt als unvereinbar mit dem Amt eines Stadtvorordneten ansiehen wollte; daß es aber im vorliegenden Falle anzuerkennen habe, daß erhebliche im Wesen des Amtes liegende Gründe die Verhinderung der Genehmigung veranlaßt hätten.

Nach dieser Mittheilung erklärte Abg. Dr. Schill, daß die Angelegenheit ein ganz anderes Gesicht bekommen habe, und da auch andere Mitglieder der Deputation, die Abg.